

Hartmannbund

## Reinhardt fordert Zugangs-Regulierung

**Mehr Regulierung beim Zugang zum Gesundheitssystem forderte der Vorsitzende des Hartmannbundes Dr. Klaus Reinhardt bei der Hauptversammlung seines Verbandes am Freitag in Berlin.**



Reinhardt sieht die Selbstverwaltung in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Arztzeit den Kranken zur Verfügung steht. Er plädiert für die Aufhebung des Quartalsbezugs bei der Abrechnung.

© CHLietzmann/Hartmannbund

Ein „komplettes Durcheinander“ beobachtet Reinhardt vor allem in der ambulanten Versorgung. Es sei im internationalen Vergleich „absolut einzigartig“, was in Deutschland wirtschaftlich selbstständig und ohne geregelten Zugang fachärztlich geleistet werde. Er forderte sinnvolle Zugangsstrukturen. „Da braucht es vor allem eine Eigenschaft: Mut“, sagte Reinhardt.

Nötig sind Zugangsbegrenzungen aus Reinhardts Sicht auch mit Blick auf die immer knapper werdende Arztzeit. Der Hartmannbundchef und Präsident der Bundesärztekammer wies darauf hin, dass zwischen 2027 und 2031 ein Drittel der Ärzte in Deutschland ins Pensionsalter eintreten würden. Zugleich käme auch die Babyboomer-Generation in ein krankheitsanfälligeres Alter.

Reinhardt sieht auch die gemeinsame Selbstverwaltung in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Arztzeit den Kranken zur Verfügung steht. Er plädierte für die Aufhebung des Quartalsbezugs bei der Abrechnung. Wenn

der hoch-compliance Hypertoniker nicht mehr jedes Quartal, sondern nur noch im Bedarfsfall in die Praxis kommen würde, gäbe es Reinhardt zufolge „viel gewonnene Zeit, die wir aktuell durch einen künstlichen Turnover von Patienten in Arztpraxen vergeuden“. Der Hartmannbund-Chef forderte schließlich auch eine behutsame Beschäftigung mit der Fragestellung: „Was müssen Ärzte tun und was können andere?“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) attestierte Reinhardt nicht nur Fleiß und Umtriebigkeit. Er sieht auch den zu Beginn seiner Amtszeit erhobenen Populismusvorwurf gegen Spahn als widerlegt an. Gegen die aktuellen Gesetzesvorhaben wandte der Hartmannbund-Chef in seiner Rede an die Delegierten jedoch nicht viel ein. „Note Gut“ erteilte Reinhardt der jetzt beschlossenen Reform der Medizinischen Dienste. Hier seien sinnvolle Verbesserungen angelegt.

### Reinhardt: Gesetzgebung spricht von „mechanistisch-primitivem Artz bild“

Auch das Digitale Versorgungs-Gesetz begrüßte er in seinen Grundzügen. Digitale Techniken seien vor allem dort sinnvoll, wo sie ärztlichem Handeln bei der Versorgung von Patienten entgegenkommen“ so Reinhardt. Die eine oder andere App könne ebenfalls sinnvoll sein. Er mahnte diesbezüglich Gelassenheit an. „Ich glaube nicht, dass das ein weltbewegendes Thema ist,“ sagte Reinhardt.

Mit Blick auf die Datenübermittlung an den Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung zum Zweck der Forschung kritisierte Reinhardt nicht die Grundabsicht, aber das „Hauruck“-Verfahren der Gesetzgebung. Er vermisste eine vorangehende öffentliche Debatte.

Kritisch bewertete Reinhardt auch das Grundbild, das einigen weiteren Neuregelungen der umfangreichen aktuellen Gesundheitsgesetzgebung zugrunde liege. Das sei der eigentliche Skandal. Die Forderung, dass Apotheker impfen dürfen, spreche etwa „von einem mechanistisch-primitiven Blick auf ärztliches Handeln“.

### Forderung nach Zugangsvoraussetzungen steht an erster Stelle

Politikversagen sieht Reinhardt bei der Krankenhausplanung. Die Strategie der Länder, Kreise und Kommunen, Investitionskosten einzuschränken aber Klinikenschließungen zu vermeiden, führt aus seiner Sicht zu einer schleichenden Erodierung und wachsenden Spannungen in den Krankenhäusern. „Dieser Missstand wird aktuell auf dem Rücken von Ärzten und Ärztinnen ausgetragen“, sagte Reinhardt.

Die Delegierten des Hartmannbundes beraten bei der Hauptversammlung, die noch bis Samstagabend dauert, über viele der angesprochenen Themen weiter. Für den Klinikbereich fordern die zur Abstimmung stehenden Resolutionen neben dem konsequenten Abbau von Überkapazitäten vor allem, dass Personalmindestvorgaben auch für den ärztlichen Dienst geschaffen werden müssen.

Diskutiert werden auch Forderungen nach dem Aufbau eines MVZ-Registers, um Transparenz in die Eigentümerstrukturen zu bringen, der kompletten Kostenübernahme der Neustrukturierung der ambulanten Notfallversorgung und einer abschlagsfreien Vergütung von Videosprechstunden analog zum persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt.

An erster Stelle der insgesamt 28 Anträge steht jedoch die Forderung, den unkoordinierten Zugang zu Leistungen des Gesundheitssystems zu beenden. Es sei unmöglich mit begrenzten Mitteln Gesundheitsleistungen in unbegrenzter Menge zur Verfügung zu stellen, heißt es in dem Antrag. Das Beheben dieses Missverhältnisses finde derzeit einseitig auf dem Rücken der in der Versorgung tätigen Akteure statt.

---

08.11.2019 18:17:56, Autor: am, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/200790>